

GRID AUF DER HANNOVER MESSE

Am 23. April findet im Rahmen der Hannover Messe zwischen ab 16:30 Uhr auf dem Stand von SAP eine Veranstaltung der German-Russian Initiative on Digitization (Grid) zum Thema digitale Infrastruktur statt.

KOMMENTAR

»FORSA-UMFRAGE: 94 PROZENT FÜR GUTE RUSSLAND-BEZIEHUNGEN!«

Von Alice Greschkow

Die Bürger wünschen sich ein besseres Verhältnis zu Russland und eine Politik der Entspannung anstatt der Konfrontation. 94 Prozent geben an, dass ihnen gute Beziehungen zwischen Deutschland und Russland wichtig sind.

Im Auftrag von Wiese Consult erhob Forsa in einer repräsentativen Umfrage die Einstellungen der Bürger zum Verhältnis und der Politik zu Russland. Die Antworten wurden nach Parteisympathie ausgewertet, ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf SPD-Mitglieder gelegt.

Die Umfrage unter über 2.000 Personen ergab, dass insgesamt 69 Prozent der Bürger die Ausweisung russischer Diplomaten für falsch halten - unter SPD-Mitgliedern liegt die Zahl sogar bei 78 Prozent. In Bezug auf die Wirtschaftssanktionen sagten 55 Prozent der Befragten, dass sie einen langsamen Abbau befürworten, 26 Prozent bestehen auf unveränderte Sanktionen, lediglich 13 Prozent sprechen sich für eine Verschärfung aus.

Bei dem umstrittenen Bau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2, sprechen sich insgesamt 59 Prozent dafür aus, bei den SPD-Mitgliedern sind es sogar 70 Prozent. Ferner sehen bei der Frage, wer für die Verschärfung des gegenwertigen Ost-West-Konflikts verantwortlich ist, Sympathisanten aller Parteien die Hauptverantwortung am meisten bei den USA (insgesamt 50 Prozent), ein Viertel sieht Russland in der Hauptverantwortung, sieben Prozent hingegen die EU.

Eindeutige Skepsis besteht vermehrt gegenüber US-Präsident Donald Trump - 79 Prozent der Befragten schätzen ihn als größere Gefährdung für den Weltfrieden im Vergleich zu Russlands Präsidenten Wladimir Putin ein (13 Prozent).

Die Ergebnisse der Umfrage zeichnen ein anderes Bild als das, was gegenwärtig von vielen Medien und der europäischen Politik gezeichnet wird. Während Russland medial gegeißelt und die Stabilität der diplomatischen Beziehungen auf europäischer Ebene zunehmend gefährdet werden, wünschen sich die Bürger das Gegenteil der aktuellen Entwicklungen. Dieses Bild sollte sich eigentlich auch in den Positionen der Regierung widerspiegeln. Denn auch wenn SPD-Wähler und Mitglieder traditionell einen positiven Zugang zu Russland haben, so sind auch die Sympathisanten der Unionsparteien mehrheitlich für die Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.

Der neue Bundesaußenminister Heiko Maas, der sich für mehr Härte gegenüber Russland ausspricht, sollte sich bei solch einem Stimmungsbild an Willy Brandts Ostpolitik und die Friedensarchitektur Egon Bahrs erinnern, anstatt stärkere Turbulenzen mit Russland zu riskieren.

Deutschland muss langfristig denken und seine Außenpolitik nach strategischen wirtschaftlichen, politischen, aber auch militärischen Interessen ausrichten. Dabei muss man nur eins und eins zusammenzählen, um zum Ergebnis zu kommen, dass ein feindseliges Verhältnis zum größten Land der Welt, welches unmittelbar an die Europäische Union grenzt, mit großen Risiken verbunden ist.

Die Umfrage kann auf Anfrage an Wiese Consult zur Verfügung gestellt werden.

BUNTES AUS BERLIN

SPAREN - GESCHICHTE EINER DEUTSCHEN TUGEND



Zum Anlass des 200. Jahrestags der Gründung der deutschen Sparkasse wird eine Sonderausstellung im Deutschen Historischen Museum gezeigt. Die Ausstellung »Sparen - Geschichte einer deutschen Tugend« beleuchtet die Geschichte des Sparens in den letzten 200 Jahren und die Entstehung der damit zusammenhängenden Institutionen. In Anbetracht wiederkehrender finanzieller Krisen wird versucht, Fragen zum Spar-Verhalten und seinem Nutzen zu beantworten.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588813
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult
GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

ZU HARTZ IV-BEZIEHENDEN AUS DEM AUSLAND



Foto: Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion/
Stefan Kaminski

Von Filiz Polat MdB, Sprecherin für Integrations- und Migrationspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Die unkommentierten Zahlen vermitteln ein komplett undifferenziertes Bild. Anstatt mit der vergleichsweise geringen Zahl von erwerbsfähigen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbeziehern aus Syrien populistische Stimmungsmache zu betreiben, müssen die Gründe für den

vorübergehenden Leistungsbezug unter die Lupe genommen werden. Dabei wird ganz schnell offensichtlich, dass, bevor zum Beispiel die syrischen Arbeitssuchende in den deutschen Arbeitsmarkt eingegliedert werden, kann eine Vielzahl von Hürden genommen werden muss, die die Bundesregierung weiterhin aufbaut, statt sie endlich einzureißen. Das Ankommen im stark regulierten deutschen Arbeitsmarkt für Geflüchtete braucht Zeit und Geduld, leider auch von Seiten der Arbeitgeber. Die Kooperation mit Jobcentern, Bundesagenturen und dem BAMF ist völlig undurchsichtig und kompliziert. Hinzu kommen die weiterhin schwierigen Voraussetzungen für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Somit ist der deutsche Arbeitsmarkt für einige - abseits von Helfertätigkeiten - weitgehend versperrt. Statt die Geflüchteten im sozialen Transferleistungssystem zu isolieren, muss die Bundesregierung endlich die Integration in den Arbeitsmarkt vorantreiben.

IMMOBILIENPREISE IN BERLIN STEIGEN WELTWEIT AM STÄRKSTEN

Zwischen 2016 und 2017 sind die Immobilienpreise in Berlin um 20,5 Prozent gestiegen - die Hauptstadt liegt damit im weltweiten Vergleich auf Platz eins.

Die Untersuchung führte das Beratungsunternehmen "Knight Frank" für den "Global Residential Cities Index" durch. Insgesamt wurden 150 Städte untersucht, Berlin ist davon die einzige, die einen Preissprung von über 20 Prozent verbucht hat. Im Vorjahreszeitraum waren es primär chinesische Städte, die Preisveränderungen in dieser Größenordnung aufwiesen.

An zweiter Stelle ist bei der aktuellen Erhebung die türkische Stadt Izmir, aber auch die Städte Hamburg, München und Frankfurt befinden sich unter den Top Ten.

Die britische Zeitung "The Guardian" erklärte die Preisentwicklung in Berlin mit

spekulativen Käufen, die die Preise in Szenevierteln aufblasen, sowie mit günstigen Krediten und dem schnellen Bevölkerungswachstum. Prognosen zufolge soll Berlin im Jahr 2035 die Vier-Millionen-Einwohner-Marke knacken. Damit würde die Hauptstadt das Niveau erreichen, welches sie über zwei Jahrzehnte bis zum Zweiten Weltkrieg hielt.

Zusätzlich sollen ausländische Investoren ebenfalls Schuld an der Marktentwicklung sein - erst im vergangenen Monat stieg der US-Milliardär Warren Buffet in den Berliner Immobilienmarkt ein. Die Bundesbank mahnte allerdings, dass in einigen Lagen die Immobilienpreise um bis zu 35 Prozent überbewertet seien.

Am Sonntag findet wegen steigender Mieten eine Demonstration in Berlin statt.

RUSSISCHE GESCHÄFTSLEUTE VERLIEREN DURCH SANKTIONEN 12 MILLIARDEN DOLLAR

Die Turbulenzen auf der russischen Börse infolge der US-Sanktionen haben die reichsten Geschäftsleute des Landes massiv getroffen - darunter auch Personen, die nicht auf der offiziellen US-Sanktionsliste stehen. Insgesamt verlor die Wirtschaftselite an einem Tag 12 Milliarden Dollar, wie Forbes berichtet.

Der russische Premierminister Dmitry Medwedew kündigte an, Optionen zu entwickeln, um die russischen Unternehmen zu entlasten und den Schaden zu begrenzen. Der Pressesprecher von Präsident Wladimir Putin, Dmitry Peskow, kritisierte die US-Sanktionen gegen Privatunternehmen als höchst unrechtmäßig.

Wladimir Lissin, Vorstandsvorsitzender des Stahlproduzenten Novolipetsk Steel, steht nicht auf der offiziellen Sanktionsliste, verlor jedoch 540 Millionen Dollar durch die Börseneinbrüche. Leonid Michelson, CEO des Gasunternehmens Novatek verlor sogar 800 Millionen Dollar.

Der Unmut in Russland wächst - die Sanktionen würden mittlerweile ausschließlich auf die Destabilisierung der russischen Volkswirtschaft abzielen, anstatt diplomatische Rahmen einzuhalten. Derweilen erklärte US-Präsident Donald Trump, dass das Verhältnis zu Russland einen noch nie dagewesenen Tiefpunkt erreicht habe und den Kalten Krieg übertrifft.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

VW-BESCHAFFUNGSVORSTAND FRANCISCO SANZ TRITT ZURÜCK

Der langjährige Beschaffungsvorstand von Volkswagen, Francisco Garcia Sanz, ist nach Angaben des Handelsblatts unter Berufung auf Insiderkreise zurückgetreten. Mit 17 Jahren Vorstandserfahrung war der Spanier der Dienstälteste in der Führungsriege und genoss den Ruf ein harter Verhandlungspartner zu sein.

Der Abgang von VW-Vorstandschef Matthias Müller sowie die Umbaupläne seines designierten Nachfolgers Herbert Diess sollen zum Rücktritt Sanz' beigetragen ha-

ben. Diess war bisheriger Markenvorstand und sein Vorpreschen soll intern zum Teil für Missmut gesorgt haben, obwohl er als souveränder Macher gilt.

Nachdem VW am Dienstag Umstrukturierungen ohne Nennung von Namen angekündigt hatte, waren mehrere Chefs von Tochterunternehmen sowie Arbeitnehmervertreter unzufrieden mit der Art wie die Nachfolge von Müller kommuniziert wurde. Auch weitere Veränderungen im Konzernvorstand sind zu erwarten.

IAG KÖNNTE BILLIGFLIEGER NORWEGIAN SCHLUCKEN

IAG, der Mutterkonzern von British Airways, zu welchem unter anderem auch Iberia, Vueling und Aer Lingus gehören, könnte den Billigflieger Norwegian übernehmen. IAG habe bereits 4,6 Prozent der Norwegian-Aktien gekauft.

IAG verkündete am Donnerstag, dass aus dieser Minderheitsbeteiligung auch ein Angebot für eine Komplettübernahme

entstehen könnte, diese Möglichkeit würde gerade geprüft werden. Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtete, würde Norwegian bei solch einem Deal einschließlich aller Schulden auf 2,4 Milliarden Euro bewertet werden. Diese Nachricht bescherte Norwegian den größten Kurssprung seiner Geschichte - die Aktien in Oslo stiegen um satte 26 Prozent.

WELTHANDELSORGANISATION WARNT VOR ABSCHWUNG DER WELTWIRTSCHAFT

Die Welthandelsorganisation (WTO) der Vereinten Nationen befürchtet das Ende des globalen Wirtschaftsaufschwungs. Zwar verbuchte der weltweite Warenhandel im Jahr 2017 ein Plus von 4,7 Prozent, jedoch prognostiziert die WTO einen möglichen baldigen Abschwung durch die Angriffe auf Handelsbeziehungen seitens der US-Regierung sowie der entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Zwar sind für dieses und das kommende Jahr Zuwächse von über vier Prozent kalkuliert, das Risiko eines Wirtschaftskollapses erhöht sich jedoch.

Als Exportnation würde die deutsche Wirtschaft von einer Spirale der Vergeltungen durch Wirtschaftssanktionen und Protektionismus besonder stark betroffen sein. Laut WTO wäre das Investitionsklima durch diese Maßnahmen bereits getrübt.

ERNEUERBARE ENERGIEN: PHOTOVOLTAIK ÜBER ZEUGENDER ALS WINDKRAFT

Bei der ersten gemeinsamen Ausschreibung der Bundesnetzagentur für Wind- und Solarkraft erhielten ausschließlich Photovoltaik-Projekte den Zuschlag. 32 Projekte mit einer Gesamtleistung von 210 Megawatt wurden ausgewählt. Bei den Windanlagen handelte es sich um Onshore-Projekte, die im Preis-Leistungs-Verhältnis nicht

mit der Solarenergie mithalten konnten. In der Windkraftbranche ist man erbost. Jedoch kritisierten auch Branchenverbände jenseits der Windenergie die gemeinsame Ausschreibung. Um die Energiewende zu schaffen, müssten sowohl Wind- als auch Solarenergie gleichwertig und auf Augenhöhe gefördert werden.

PERSONALIEN

JARZOMBK NEUER NATIONALER KOORDINATOR DER BUNDESREGIERUNG FÜR LUFT- UND RAUMFAHRT

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Jarzombek (44, CDU) ist am 11. April zum Nationalen Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt ernannt worden. Er folgt auf Brigitte Zypries. Die Koordinatorenstelle ist im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie angesiedelt.

DULIG IST OSTBEAUFTRAGTER DER SPD

Der sächsische SPD-Chef und stellvertretende Ministerpräsident Martin Dulig (44) ist am 9. April einstimmig vom Parteivorstand zum Ostbeauftragten der SPD gewählt worden. Der Posten wurde neu geschaffen, um die Entwicklung der Partei in den ostdeutschen Bundesländern zu stärken.

BRAUKSIEPE WIRD NEUER PATIENTENBEAUFTRAGTER DER BUNDESREGIERUNG

Der Bundestagsabgeordnete Ralf Brauksiepe (51, CDU) wird neuer Patientenbeauftragter der Bundesregierung. Das Bundeskabinett stimmte am 11. April dem Vorschlag des Bundesministers für Gesundheit, Jens Spahn, zu. Brauksiepe folgt auf Ingrid Fischbach, die das Amt 2017 übernommen hatte.

NUMOV: BUSINESS MEETING PAKISTAN

Der Nah- und Mittelost- Verein NUMOV veranstaltet am 8. Mai 2018 ab 13:00 Uhr in Berlin in Kooperation mit der pakistanischen Botschaft das Business Meeting Pakistan. Der Fokus liegt dabei auf der Lebensmittel- und Agrartechnologie.

WORTE DER WOCHE

»Wenn die Automatisierung die Löhne in Entwicklungsländern drückt, ist es für die dort lebenden Arbeiter nahezu unmöglich, Zugang zu Bildungsangeboten zu bekommen.«

Ian Bremmer, Vorsitzender der Eurasia Group, befürchtet, dass die Angleichung des globalen Wohlstands scheitern wird.

»Mit Orbáns Wahlerfolg sind die Chancen für die Reformen à la Macron sicherlich geringer geworden.«

Anton Pelinka, Politikwissenschaftler in Budapest.

»Das Abkommen hat eine solide Struktur und würde auch ein Beben der Stärke 10 überstehen.«

Hassan Ruhani, iranischer Präsident, geht vom Weiterbestehen des Wiener Atomabkommens aus.

»Wir sind ja nicht in einem Nanny-Staat.«

Julia Klöckner, Landwirtschaftsministerin (CDU), lehnt die Forderung von Andrea Nahles ab, Merkel solle angesichts der Äußerungen der Unionspolitiker Spahn und Seehofer ein Machtwort sprechen.

»Die Berufung von Christian Sewing ist eine Chance, dass die Deutsche Bank zu ihren Wurzeln zurückfindet.«

Michael Theurer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender FDP.

»Russland hat geschworen, alle Raketen abzuschießen, die auf Syrien abgefeuert werden. Mach' Dich bereit, Russland, denn sie werden kommen.«

Dies schrieb Donald Trump im Kurznachrichtendienst Twitter

»Zuckerberg ist kein böses Genie. Aber die Mächte, die er gerufen hat, müssen besser kontrolliert werden.«

Der Philosoph Michael Sandel über Cambridge Analytica.

»Die Schulden der öffentlichen Haushalte in entwickelten Ländern sind auf einem Stand, den wir seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gesehen haben.«

Christine Lagarde, Chef des Internationalen Währungsfonds, warnt vor Fiskalrisiken.

»Wirtschaftsspionage ist nicht mehr notwendig, wenn man unter Nutzung des liberalen Wirtschaftsrechts die Unternehmen einfach aufkaufen und sie dann ausschlachten kann.«

Hans-Georg Maaßen, Präsident Verfassungsschutz, über Firmenkäufer speziell aus China.

»Wenn Sicherheitsgarantien für die OPCW-Inspektoren benötigen werden, wird es diese Garantien geben.«

Sergej Lawrow, russischer Außenminister, hat die Forderung nach Ermittlungen zu den Chemiewaffenvorwürfen gegen Syrien in der umkämpften Stadt Duma bekräftigt.

TERMINE

16.4. BUNDESTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/GRÜNE ZU STROMNETZEN

Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema

»Engpässe im Stromnetz vermeiden - Energiewende voranbringen. Chancen für einen optimierten Netzbetrieb nutzen«, unter anderem mit dem Wissenschaftlichen Leiter der Stiftung Umweltegerechtigkeit Thorsten Müller, dem Leiter Systemführung bei 50Hertz Transmission Lutz Schulze und dem Projektleiter Stromerzeugung, Marktdesign bei der Agora Energiewende Thorsten Lenck Deutscher Bundestag - Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin (Anmeldung erforderlich), Beginn: 14:30 Uhr.

18.4. DGB UND WSI ZU GRENZÜBERSCHREITENDEN ARBEITNEHMERRECHTEN

Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) zum Thema »Arbeitnehmerrechte über Grenzen hinweg sichern: Anforderungen an Aufsicht, Zoll und die geplante Europäische Arbeitsbehörde«, unter anderem mit der Direktorin des WSI Prof. Anke Hassel und der Leiterin des Kompetenzzentrums Globale Mobilität und soziale Sicherheit beim Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michaela Dälken dbb forum berlin, Friedrichstraße 169-170, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich), Beginn: 10 Uhr.

18.4. EBD DE-BRIEFING ZUM STAND DER BREXIT-VERHANDLUNGEN

De-Briefing der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) zum Thema »Stand der Brexit-Verhandlungen« mit dem Leiter der Brexit-Taskforce im Auswärtigen Amt Peter Ptassek, dem Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland Bernd Hüttemann und dem Vizepräsidenten der EBD Axel Schäfer Europäische Bewegung Deutschland, Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin (Anmeldung erforderlich), Beginn: 14:30 Uhr.